

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ – Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Ing. Udo Guggenbichler, MSc und Wolfgang Seidl betreffend Abschöpfung von Übergewinnen, eingebracht in der Gemeinderatssitzung auf Verlangen am 23. September 2022 zum Thema „Der Bund zahlt aus, Wien nimmt es raus - Stadt Wien greift eiskalt in die Taschen der Menschen! SPÖ-NEOS-Stadtregierung muss drohende Gebührenerhöhung aussetzen!“

---

Während die Österreicher angesichts der Energiepreise um ihre Existenzen bangen, jubelt die OMV wie zahlreiche andere Energieversorger auch vielleicht mit Ausnahme der Wien-Energie GmbH über Milliardeneinnahmen: Allein der heimische Energiekonzern OMV konnte seinen Gewinn im ersten Halbjahr auf 2,5 Milliarden Euro verdoppeln. Der Konzernumsatz stieg um 124 Prozent auf 30,6 Milliarden Euro. Der Gewinn wurde um 95 Prozent auf 2,5 Milliarden Euro gesteigert. Das Ergebnis je Aktie wurde im ersten Halbjahr von 3,90 auf 7,63 Euro ebenfalls verdoppelt. Der um Sondereffekte bereinigte Betriebsgewinn (CCS EBIT) der OMV erhöhte sich im zweiten Quartal auf ein Rekordergebnis von 2,94 Milliarden Euro (Vorjahr: 1,29 Milliarden Euro). Dies sei auf bessere Ergebnisse in Exploration & Production und Refining & Marketing zurückzuführen.

Im Zusammenhang mit den nicht zu vertretenden Milliardengewinnen der Energiekonzerne, die der Belastung der Bevölkerung durch die hohen Energiepreise gegenüberstehen, wurden schon in der Vergangenheit die Abschöpfung eines Teils der Gewinne verlangt.

Nun legten Arbeiterkammer und ÖGB ein erstes konkretes Modell auf den Tisch, das insgesamt 1,5 bis 2,2 Milliarden Euro pro Jahr zur Finanzierung von Antiteuerungsmaßnahmen bringen soll. Investitionen in erneuerbare Energieträger sollen dabei mit Abzugsmöglichkeiten belohnt werden.

Als „Übergewinne“ („Windfall Profits“) werden Gewinne bezeichnet, die Unternehmen zufällig und ohne eigene Leistung erzielen und die als ungerecht empfunden werden. Das ist derzeit bei Energieunternehmen dank der hohen Öl-, Gas- und Strompreise der Fall. Die Strompreise entstehen primär durch den Merit-Order Effekt. Diese Regel besagt, dass jeweils der teuerste Strom den aktuellen Strompreis bestimmt – und das ist zurzeit der teure Strom aus Gaskraftwerken.

AK und ÖGB errechneten Übergewinne von vier bis fünf Milliarden Euro pro Jahr bei den wichtigsten Energieunternehmen in Österreich. Das Konzept sieht eine Abschöpfung von 60 bis 90 Prozent der Übergewinne im Vergleich zum durchschnittlichen Referenzgewinn der Jahre 2019 bis 2021 vor. Für Investitionen in erneuerbare Energie sollen 1 bis 1,5 Milliarden abgezogen werden können.

Eine vergleichbare „Sonderabgabe“ hat es schon einmal gegeben. Die Bankenabgabe war im Jahr 2011 eingeführt worden mit dem Ziel, dass alle Banken und nicht nur die Steuerzahler die Finanzkrise mitfinanzieren.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

### B e s c h l u s s a n t r a g

Die Bundesregierung insbesondere der Bundesminister für Finanzen werden aufgefordert, umgehend

1) konkrete Maßnahmen und entsprechende Rechtsgrundlagen für die Abschöpfung von Übergewinnen von Energiekonzernen unter Berücksichtigung des Modells von Arbeiterkammer und ÖGB zu setzen bzw. zu schaffen, die vorwiegend zur Entlastung der Energiekonsumenten, aber auch für Investitionen in erneuerbare Energie eingesetzt werden müssen.

2) Maßnahmen zu setzen, damit die Merit-Order, die Regel wonach jeweils das teuerste Kraftwerk den aktuellen Strompreis bestimmt, ausgesetzt wird.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.